

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Sitzung: Dienstag, 07.05.2019

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 21:07 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Frau Nicole Palm - SPD

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE bis 20:27 Uhr

Herr Christian Bley - Die Fraktion P2 bis 16:30 Uhr

Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs – BIBS

Herr Manfred Dobberphul – SPD

Frau Beate Gries - B90/GRÜNE

Herr Björn Hinrichs - CDU

Frau Annette Johannes - SPD bis 19:30 Uhr

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Reinhard Manlik - CDU bis 18:25 Uhr

Frau Heidemarie Mundlos – CDU

Frau Anke Schneider - DIE LINKE.

Frau Anneke vom Hofe - AfD bis 19:20 Uhr

Herr Mathias Möller – FDP

Herr Andreas Becker - SPD bis 19:40 Uhr

Herr Andreas Kyrath bis 17:57 Uhr

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

Frau Dr. Eva Goclik - Vertreterin der Umweltverbände

Gäste

Frau Anna Bennecke - WVI GmbH (zu TOP 3.1.) bis 16:11 Uhr

Herr Frank Hoffmann - Polizei bis 17:40 Uhr

Herr Manfred Michael - WVI GmbH (zu TOP 3.1.) bis 16:11 Uhr

Herr Bernd Schroers - AAI (zu TOP 3.1.) bis 16:11 Uhr

Herr Jörg Meier - BSVG (zu TOP 5., 5.1.)

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III
Herr Klaus Benschmidt - FBL 66
Herr Thorsten Warnecke - FBL 61
Frau Bianca Winter – RefL 0600
Herr Thomas Gekeler - AbtL 61.4
Herr Stephan Kühl - FBL 60
Herr Michael Loose - FBL 67 (Dez. VII)
Herr Bernd Schmidbauer - AbtL 61.1
Frau Tina Carola Mauritz - Abt. 61.1
Herr Thomas Stiefler - Ref. 0600
Herr Martin Altmann - FB 67 (Dez. VII)
Herr Michael Walther - 0100
Herr Klaus Hornung - RefL 0610
Herr Detlef Pottgießer - StL 66.21
Frau Julia Matoš - Geschäftsführung, Ref. 0600

Abwesend

Herr Dr. Rainer Mühlnickel - B90/GRÜNE entschuldigt
Herr Hans-Joachim Jäger entschuldigt
Herr William Labitzke - SPD entschuldigt
Herr Uwe Mickler - Polizei entschuldigt
Herr Metje - Seniorenrat entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.03.2019
(öffentlicher Teil)
- 3 Mitteilungen
- 3.1 Vortrag: Ergebnisse aus Verkehrsgutachten Hagenmarkt
- 3.2 Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes .19-10088
Vorstellung der "Leitlinie klimagerechte Bauleitplanung"
- 3.3 Alles im Fluss - lebendige Schunter; Gewässerwoche vom 19. bis .19-10525
26. Mai 2019

3.4	Prüfauftrag: Taxendurchfahrt durch die Münzstraße unter Beibehaltung der derzeitigen Absperrung - Änderungsantrag zum TOP "Durchfahrt der Münzstraße für Taxen erlauben!"	18-09741-01
3.5	Ergebnisse des Fahrradklimatests 2018 des ADFC	19-10603
3.6	Sachstand Bebauungsplan "Feldstraße", AP 23	19-10594
3.7	Vorschlag aus der Ideenplattform im Beteiligungsportal "Mitreden" zum Thema Baumschutzverordnung - wenn nicht jetzt, wann dann? Perspektiven für Braunschweig 2033	19-10626
3.8	Entwicklung geschützter Tierarten im Stadtgebiet - Sachstand und Öffentlichkeitsarbeit Anfrage der SPD-Fraktion	19-10690
3.9	Ergebnisse der Zugversuche in der Jasperallee	19-10712
3.10	Mündliche Mitteilung: Ortstermin zum geplanten Bau einer Querungshilfe im Zuge der Bevenroder Straße / Einmündung Dibbesdorfer Straße	
4	Anträge	
4.1	Natürliche Vielfalt stärken - Schottergärten vermeiden	19-10647
4.1.1	Natürliche Vielfalt stärken - Schottergärten vermeiden	19-10647-01
4.2	Aktionsplan für Baumnachpflanzungen	19-10649
4.2.1	Aktionsplan für Baumnachpflanzungen	19-10649-01
4.2.2	Änderungsantrag zu 19-10649: Aktionsplan für Baumnachpflanzungen	19-10764
4.3	Vorrang für Sicherheit - Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen	19-10642
4.3.1	Änderungsantrag zu 19-10642: Vorrang für Sicherheit - Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen	19-10765
4.3.2	Bäume an der Jasperallee schnellstmöglich ersetzen, Unfallgefahr minimieren, Sicherheit gewährleisten! - Änderungsantrag zum TOP "Vorrang für Sicherheit - Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen"	19-10767
4.4	Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig	19-10443
4.4.1	Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig	19-10443-01
4.4.2	Änderungsantrag zum TOP "Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig"	19-10768

4.5	Aktualisierung der Wohnungsmarktprognose für Braunschweig	19-10643
4.6	Kein Plastik in zukünftigen Wahlkämpfen	19-10648
4.6.1	Kein Plastik in zukünftigen Wahlkämpfen	19-10648-01
5	Linien- und Fahrplankonzept der Braunschweiger Verkehrs-GmbH ab Oktober 2019	19-10132
5.1	Linien- und Fahrplankonzept der Braunschweiger Verkehrs-GmbH ab Oktober 2019	19-10132-01
6	Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan LE 2 Stadtgebiet zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße, Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	19-10470
6.1	Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan LE 2 Stadtgebiet zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße, Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss - Änderungsantrag zur Drucksache 19-10470	19-10746
7	Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Willy-Brandt-Platz", 1. Änderung des AW 107, AW 114 Stadtgebiet zwischen Hauptbahnhof, Willy-Brandt-Platz und Bra-Wo-Allee Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	19-10438
8	Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Willy-Brandt-Platz, 1. Änderung des AW 107", AW 114	19-10492
9	Verbindungsstraße Rünigen zwischen Anschlussstelle Rünigen Süd (A 39) und Rünigenstraße (K 64) und Kreisverkehrsplatz (K 64)	19-09996
9.1	Verbindungsstraße Rünigen zwischen Anschlussstelle Rünigen Süd (A 39) und Rünigenstraße (K 64) und Kreisverkehrsplatz (K 64)	19-09996-01
10	Barrierefreie Bushaltestelle am Altstadtmarkt	19-10218
11	Anfragen	
11.1	Verbreitung und Schutz von Fledermäusen in der Stadt Braunschweig	19-10217
11.2	Aktueller Sachstand Burgpassage	19-10638
11.2.1	Aktueller Sachstand Burgpassage	19-10638-01

11.3	.Weiterentwicklung der städtischen Grundstücksgesellschaft	..19-10582
11.3.1	.Weiterentwicklung der städtischen Grundstücksgesellschaft	..19-10582-01
11.4	.Dächer mit Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden	..19-10628
11.4.1	.Dächer mit Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden	..19-10628-01
11.5	.Nachhaltige Stadtentwicklung	..19-10686
11.5.1	.Nachhaltige Stadtentwicklung	..19-10686-01
11.6	.Sicherheitsabstände beim Überholen von Radfahrer*innen	..19-10583
11.6.1	.Sicherheitsabstände beim Überholen von Radfahrer*innen	..19-10583-01
11.7	.Gemeinschaftshaus Rautheim	..19-10641
11.7.1	.Gemeinschaftshaus Rautheim	..19-10641-01
11.8	.Schotter- und Steinflächen in privaten Gärten	..19-10682
11.8.1	.Schotter- und Steinflächen in privaten Gärten	..19-10682-01
11.9	.Mündliche Anfrage: Forderungspapier von Fridays for Future Braunschweig	
11.10	.Mündliche Anfrage: Bericht zur Beurteilung der Anpflanzungen im Rahmen der Flughafenerweiterung	
11.11	.Mündliche Anfrage: Überprüfung auf Nester bei Baumfällungen an der Jasperallee	

-

=

-

-

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzende Palm eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.
Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.
Sie nennt die Ergänzungen zur Tagesordnung.

Es wird aufgrund thematischer Verwandtschaft vorgeschlagen, folgende Tagesordnungspunkte jeweils zusammen zu erörtern:

3.9. und 4.3.,
4.1. und 11.8.,
4.4. und 11.3.

Es ist geplant, die Einwohnerfragestunde vor TOP 5. stattfinden zu lassen.

Ausschussvorsitzende Palm stellt fest, dass der Ausschuss einverstanden ist, so zu verfahren.

Sie lässt anschließend über diese Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.03.2019 (öffentlicher Teil)

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 2

3. Mitteilungen

3.1. Vortrag: Ergebnisse aus Verkehrsgutachten Hagenmarkt

Stadtbaurat Leuer führt ein. Es handelt sich um einen unter Einbindung des Büros Ackers Partner Städtebau in Workshops entwickelten Entwurf, der die voraussichtliche Lage der ÖPNV-Haltestellen beinhaltet und nur marginale Eingriffe in die Platzstruktur vorsieht. Es gilt, die ÖPNV-Bevorrechtigung und die Belange der Radfahrenden und Fußgänger*innen angemessen zu berücksichtigen. Die bisherigen Ergebnisse werden in einem weiteren Workshop am 27. Mai 2019 präsentiert und weiter diskutiert. Ziel ist ein für alle Verkehrsteilnehmer*innen tragfähiges Gesamtgefüge.

Herr Michael und Frau Bennecke (WVI GmbH) tragen vor inklusive Beamerpräsentation und Simulation des Verkehrsgeschehens am Hagenmarkt unter realen Bedingungen.

Wesentliche Ergebnisse des Gutachtens (auf Basis von Prognosen für das Jahr 2030):

- Die Erreichbarkeit der Innenstadt ist auch zukünftig in derselben Qualität wie im Bestand möglich.
- Der Verzicht auf den Linksabbieger aus der Casparistraße wirkt sich positiv auf die Gesamtleistungsfähigkeit aus, da eine eigene Signalphase entfällt.

- Durch den Umbau wird unerwünschter Durchgangsverkehr in der Nord-Süd-Relation vom Bohlweg verdrängt und auf andere Hauptverkehrsstraßen verträglich verlagert.
- Gegenüber dem heutigen Verkehrszustand tritt eine deutliche Verbesserung des Verkehrsablaufes ein.
- Ein leistungsfähiger Verkehrsablauf ist für alle Verkehrsarten auch in den täglichen Spitzenstunden möglich.

Bürgermitglied Becker fragt, ob ein Vorher-Nachher-Vergleich zu den CO₂-Emissionen an- gestellt wurde. Herr Michael antwortet, dass dies nicht Bestandteil des Auftrags war, auf Grundlage der Simulationen aber eine Erhebung möglich ist.

Auf Frage des Ratsherrn Dobberphul antwortet Herr Michael, dass die derzeitige Planung Richtung Bohlweg bis Dankwardstraße Einspurigkeit in Überbreite vorsieht, sodass Überhol- vorgänge möglich sind. Inwieweit es einspurig oder zweispurig weitergeht und wie Radwege gestaltet werden, wird im weiteren Prozess untersucht, kündigt Stadtbaurat Leuer an.

Ratsherr Manlik empfindet es als problematisch, dass zum Erreichen der Stadtbahn die Fahrbahn gequert werden muss. Dies könne Gefahrensituationen hervorrufen. Er sieht es zudem kritisch, dass der Hagenmarkt zum Hauptumschlagplatz für Stadtbahnen wird. Der Verkehr wirke sich negativ auf die Aufenthaltsqualität aus. Er spricht sich gegen Separation aus und empfiehlt zu prüfen, ob die abbiegenden Stadtbahnen eingepflastert ohne eigene Trasse verkehren können. Er hätte gern Attraktivität für Pkw-Durchfahrtsverkehr aufrechter- halten sowie eigene Radverkehrsstreifen.

Herr Michael betont die Verbesserungen für Radfahrende und Fußgänger*innen. Mittig ge- legene Stadtbahnhaltestellen seien durchaus üblich. Geplant sei, dass eine komplexe vollver- kehrsabhängige Lichtsignalsteuerung den Pkw-Verkehr leistungsfähig hält.

Stadtbaurat Leuer ergänzt, die aufgezeigte verkehrliche Planung habe gerade den Zweck, mehr Stadtbahnen im Straßenraum abzuwickeln mit nur ganz geringen Eingriffen in den Hagenmarkt. Die Platzgestaltung kommt zuerst, ohne zusätzliche Eingriffe folgt zuletzt die Stadtbahntrassierung.

Ratsherr Dr. Büchs kritisiert, dass der Stau Richtung Westen grundsätzlich erhalten bleibt. Er schlägt vor, die zweite Geradeausspur für Rechtsabbieger Richtung Bohlweg zu öffnen. Alternativ solle der Pkw-Verkehr nur bis zur Dankwardstraße geleitet und eine Durchfahung des Bohlweges unterbunden werden.

Ratsfrau Mundlos sieht den Paradigmenwechsel (Bevorrechtigung ÖPNV) mit Sorge für Ziel- gruppen, die auf Pkw-Nutzung angewiesen sind (z. B. Ältere, Familien mit Kindern). Sie fragt nach dem Zeitplan für eine Beschlussvorlage, nach der Finanzierung und inwieweit z. B. der AAI eingebunden wird.

Stadtbaurat Leuer betont, die Mikrosimulation zeigt, dass der ÖPNV bevorrechtigt wird, ohne z. B. die Erreichbarkeit der Parkhäuser zu verschlechtern. Beschlussvorlagen werden den Ratsgremien nach umfangreichen Beteiligungsprozessen u. a. zur Gestaltung des Hagen- marktes und im Rahmen des Stadtbahnausbaukonzeptes vorgelegt. Das Häger Forum und der AAI begleiten diesen Prozess von Beginn an positiv. Der Bau der ÖPNV-Haltestellen ist von Fördermitteln abhängig. Für die Gestaltung der Platzinnenflächen (ohne Verkehrs- flächen) sind im Haushalt 2019 für die Jahre 2019 bis 2021 1,3 Millionen Euro eingeplant.

Auf Frage des Ratsherrn Kühn bekräftigt Herr Michael, dass bestehende Verkehrsbeziehun- gen weiterhin in der gewohnten Leistungsfähigkeit möglich sein werden. Die Menge an Fuß- gänger*innen, Radfahrenden usw. wurde mithilfe einer modernen Videoerhebung ausgewer- tet. Man habe darüber hinaus simuliert, dass bis 2030 die Fahrradnutzung um 15 % steigt und der Pkw-Durchfahrtsverkehr Richtung Bohlweg von 3.800 auf 3.100 sinkt. Das Geschwindigkeitsprofil (Tempo 30 oder 50) in der Simulation basiert auf dem Status Quo, antwortet Herr Michael Ratsherr Kühn.

Ratsfrau Schneider dankt für den behutsamen Versuch, ÖPNV, Fuß- und Radverkehr zu begünstigen, ohne den Pkw-Verkehr zu beeinträchtigen. Auf ihre Frage eingehend, erklärt Stadtbaurat Leuer, dass im weiteren Prozess untersucht wird, den von der Casparistraße

kommenden Radverkehr attraktiver zu gestalten.

Auf Anmerkung des Ratsherrn Möller erläutert Herr Michael, dass die Simulation die Hauptverkehrszeit abbildet. Die ÖPNV-Bevorrechtigung für diesen Zeitraum aufzuheben, sei auch ausgehend von der heutigen Menge des Pkw-Verkehrs nicht nötig.

Protokollnotiz: Die Präsentation ist im Protokoll zur Sitzung zu TOP 3.1. öffentlich hinterlegt.

3.2. Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes 19-10088 Vorstellung der "Leitlinie klimagerechte Bauleitplanung"

Frau Mauritz, Abt. Stadtplanung (61.1), gibt inklusive Beamerpräsentation einen Überblick über die Leitlinie klimagerechte Bauleitplanung.

Bürgermitglied Dr. Schröter lobt die Verwaltung für die umfangreiche und gut ausgearbeitete Leitlinie. Er macht Anmerkungen. Er vertritt u. a. die Ansicht, dass die Belange des Klimaschutzes in der Abwägung der Verhältnismäßigkeiten mehr Gewicht erhalten sollten. Stadtbaurat Leuer führt aus, dass die Wichtigkeit im Einzelfall beleuchtet werden muss. Wichtig ist, dass für die Verwaltung die Betrachtung der Klimabilanz transparent ist, sodass bei der Planung frühzeitig beeinflussbare Faktoren (z. B. ÖPNV, Pflanzungen, Grünflächen, Fassadenbegrünungen) berücksichtigt werden können. Einzelne Faktoren werden in den Beschlussvorlagen als Teil der Gesamtbeurteilung beinhaltet sein, sodass mit einer höheren Informationsdichte gerechnet wird. Den Hinweis von Herrn Dr. Schröter, die Checkliste mit Werten zu versehen, nimmt er als Anregung mit.

Frau Dr. Goclik lobt die hierdurch ermöglichte strukturierte Klimaaanalyse in der Bauleitplanung. Ihr gehen allerdings die Bemühungen der Verwaltung zum Klimaschutz nicht weit genug. Die Verwaltung möge prüfen, inwieweit energetische Aspekte in Bebauungsplänen und örtlichen Bauvorschriften (z. B. Mindestenergiestandards) festgesetzt werden können. Sie bittet, sich beim Niedersächsischen / Deutschen Städtetag dafür stark zu machen, das BauGB entsprechend anzupassen. Im Falle rechtlicher Hürden solle es hilfsweise strengere Regeln in städtebaulichen Verträgen und sonstigen privatrechtlichen Vereinbarungen geben. Werden für neue Baugebiete Energiekonzepte verlangt und können diese dem Planungs- und Umweltausschuss vorgelegt werden, möchte sie wissen. Überwiegend mit fossilen Brennstoffen betriebene Blockheizkraftwerke sieht sie negativ. Stadtbaurat Leuer geht auf ihre Anmerkungen ein und hebt das städtische Engagement hervor. Er betont, dass die gesetzlichen Vorgaben bereits vergleichsweise streng sind. Nichtsdestotrotz und gerade weil die Verwaltung sich für den Klimaschutz engagieren möchte, nimmt er ihr Anliegen zum Niedersächsischen Städtetag mit und erwägt strengere Verträge.

Ratsfrau Schneider und Ratsherr Dr. Büchs drücken Dank aus für die Leitlinie und die Präsentation und bekräftigen die Aussagen der Vorredner*innen, dass Klimaschutz mehr Wichtigkeit eingeräumt werden sollte.

Ratsfrau Palm und Ratsherr Hinrichs entgegnet Bürgermitglied Dr. Schröter und Ratsfrau Schneider, dass es nicht zweckmäßig erscheint, die ausgefüllten Checklisten den einzelnen Vorlagen zum Aufstellungsbeschluss und Auslegungsbeschluss in Bebauungsplanverfahren beizufügen. Es möge eine Arbeitshilfe für die Verwaltung bleiben, deren wesentliche Erkenntnisse wiedergegeben werden.

Ratsfrau Mundlos schließt sich dem Dank und der Anerkennung für die Verwaltung an. Sie bittet, die Leitlinie öffentlich bereitzustellen. Aufgrund der positiven Signalwirkung und weitreichender Auswirkungen bittet Ratsfrau Mundlos, die Mitteilung 19-10088 und die Präsentation im Grünflächenausschuss am 4. Juni 2019 zu behandeln.

Protokollnotiz: Dem wird mit der Mitteilung 19-10905 entsprochen.

Ratsherr Dobberphul macht Anmerkungen zu den Ausführungen der Vorredner*innen. Ratsherr Hinrichs freut sich, dass die Stadt Braunschweig in diesem wichtigen Bereich im

interkommunalen Vergleich eine Vorreiterstellung einnimmt.
Ausschussvorsitzende Palm spricht abschließend ihren Dank aus für die auf Umsetzung wartende Leitlinie, die anschauliche Präsentation von Frau Mauritz und die Ausführungen von Stadtbaurat Leuer.

Protokollnotiz: Ratsherr Bley verlässt die Sitzung um 16:30 Uhr.

Protokollnotiz: Die Präsentation ist im Protokoll zur Sitzung zu TOP 3.2. öffentlich hinterlegt.

3.3. Alles im Fluss - lebendige Schunter; Gewässerwoche vom 19. bis 26. Mai 2019 **19-10525**

Die Broschüre mit Programm wurde zu Beginn der Sitzung verteilt.
Der Ausschuss nimmt die Mitteilung ohne Wortbeiträge zur Kenntnis.

3.4. Prüfauftrag: Taxendurchfahrt durch die Münzstraße unter Beibehaltung der derzeitigen Absperrung - Änderungsantrag zum TOP "Durchfahrt der Münzstraße für Taxen erlauben!" **18-09741-01**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung ohne Wortbeiträge zur Kenntnis.

3.5. Ergebnisse des Fahrradklimatests 2018 des ADFC **19-10603**

Bezugnehmend auf negative Medienberichterstattung, wonach die Stadt vermeintlich nicht vorangekommen sei, weist Stadtbaurat Leuer zurück. Der 4. von 24 möglichen Plätzen im Vergleich mit anderen Städten dieser Größenklasse sei bemerkenswert. Bei der Benotung zeige sich, dass die bewertenden Radfahrenden bundesweit unzufriedener und anspruchsvoller werden. Man werde weiter an Verbesserungen zur Fahrradfreundlichkeit arbeiten.

Ratsmitglieder Hinrichs, Schneider und Dobberphul appellieren an die Stadt, das Ergebnis als Ermutigung für weitere Maßnahmen zu verstehen. Zwar sei das Ergebnis bei 1.556 Personen nicht repräsentativ, biete aber - sofern es im Einflussbereich der Stadt liegt - wertvolle Hinweise und Indikatoren für Optimierungen (z. B. breite Radwege bei Neuplanungen).

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.6. Sachstand Bebauungsplan "Feldstraße", AP 23 **19-10594**

Stadtbaurat Leuer erläutert, dass der dargestellten Entwicklung Gespräche mit dem Stadtbezirksrat 310 Westliches Ringgebiet und den Fraktionsvorsitzenden vorausgegangen sind. Eine weitere Beteiligung des Stadtbezirksrates 310 und des Planungs- und Umweltausschusses wird folgen.

Auf Frage von Ratsfrau Schneider bekräftigt Stadtbaurat Leuer, dass es dabei bleiben wird, dass die Stadt das Baugebiet selbst entwickelt und vermarktet, abgesehen vom Wohnungsbau.

Auf ihre Frage, ob die Stadt eine favorisierte Erschließungsvariante hat, betont Stadtbaurat Leuer, dass laut Gutachten beide Varianten möglich sind. Durchgangsverkehre seien sehr gering. Die Stadt ist für die weitere Diskussion, insbesondere im Stadtbezirksrat 310, offen. Ratsfrau Johannes, auch Bezirksbürgermeisterin, dankt für den konstruktiven Austausch. Sie befürwortet die Entzerrung in zwei Bauabschnitte und erwartet einen positiven Verlauf der Diskussionen in der Sitzung des Stadtbezirksrates 310 am 7. Mai.
Frau Dr. Goclik betont zu Planungsvariante 3 für den perspektivischen Straßenbau, dass es

aus Sicht des Natur- und Umweltschutzes kontraproduktiv wäre, die aktuell vorhandene Grünfläche zu versiegeln. Auch sei dies durch die Verkehrsströme nicht gerechtfertigt.

Stadtbaurat Leuer möchte den Fokus zunächst darauf gelegt wissen, den 1. Bauabschnitt zu realisieren. Die Verwaltung werde sich offen zeigen für in diesem Prozess gesammelte Erkenntnisse, die in die weitere Diskussion zur Erschließung des Baugebietes einfließen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.7. Vorschlag aus der Ideenplattform im Beteiligungsportal "Mitre-den" zum Thema Baumschutzverordnung - wenn nicht jetzt, wann dann? Perspektiven für Braunschweig 2033 19-10626

Stadtbaurat Leuer bejaht die Bitte von Ratsfrau Mundlos, für die Naturdenkmal-Sammelverordnung im Beteiligungsverfahren (Eigentümer, Träger öffentlicher Belange, Politik) den Grünflächenausschuss im 2. Halbjahr 2019 mitzuberücksichtigen.

Ratsfrau Schneider wirft die Frage auf, ob noch auf die Beschlusslage des Rates abgestellt werden kann, da seitdem massive Abholzungen auf privaten Flächen, u. a. an der Freyastraße und in der Weststadt, stattgefunden haben. Frau Dr. Goclik fügt die Frage hinzu, was die Stadt bei solchen Vorfällen zu tun beabsichtigt.

Stadtbaurat Leuer bezeichnet die Mitteilung als Vorschlag der Verwaltung, die noch nicht lange zurückliegende Entscheidung des Rates, der umfangreiche fachliche Informationen (insbesondere des FB 67 und der Abt. 61.4) und intensiv geführte Diskussionen voranzutreiben, bestehen zu lassen.

Er führt aus, das Thema Baumschutz werde laufend weiterverfolgt. Die in Arbeit befindliche Naturdenkmal-Sammelverordnung ist ein Baustein davon.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.8. Entwicklung geschützter Tierarten im Stadtgebiet - Sachstand und Öffentlichkeitsarbeit 19-10690 **Anfrage der SPD-Fraktion**

Ratsherr Dobberphul verweist auf die Weltkommission von Anfang Mai 2019, wonach es um die Arten dramatisch bestellt ist, in fast 80 % der Fälle ein Artenrückgang zu verzeichnen ist und ein Achtel der Arten vom Aussterben bedroht ist. Daher begrüßt und lobt er die umfangreiche Mitteilung 19-10690 ausdrücklich. Er freut sich über die positiven Tendenzen, die darin zum Ausdruck kommen. Hier dürfe man nicht nachlassen. Es müsse genug Personal vorgehalten werden. Das Thema komme in der Presseberichterstattung viel zu kurz, die Öffentlichkeit solle mehr sensibilisiert werden.

Für Ratsherr Dr. Büchs gestaltet sich der Bericht nicht umfangreich genug. Er fordert, dass ein neuer Landschaftsrahmenplan aufgestellt wird. Das Artenschutzkonzept von 2008 und das Amphibienschutzkonzept von 1992 seien veraltet. Es gebe bis auf wenige Ausnahmen kaum Erkenntnisse zu Insekten, auch im Rahmen von Bebauungsplanverfahren. Wie stellt sich die Stadt die Realisierung vor, möchte er wissen.

Stadtbaurat Leuer weist darauf hin, dass der im Jahr 2000 aufgestellte Landschaftsrahmenplan in allen notwendigen Bereichen im Jahr 2014 aktualisiert wurde. Das Feldhamster-schutzkonzept steht zur Überarbeitung an. Das Amphibienschutzkonzept wird aktuell aktualisiert.

Herr Gekeler führt aus, die Mitteilung verfolge das Ziel, einen groben Überblick zu vermitteln. Er verweist auf die immense und detaillierte Expertise der zwei Biologen der Abteilung 61.4. Er bietet an, dass diese auf gezielte Nachfragen hin gern im Ausschuss vortragen. Ausschussvorsitzende Palm kündigt an, bei Gelegenheit gern hierauf zurückzukommen.

Frau Dr. Goclik begrüßt, dass auf die Nachfrage des Rats Herrn Dobberphul zur Entwicklung geschützter Tierarten mit diesem Bericht reagiert wurde. Seltene Pflanzenarten spielen nach ihrem Eindruck bisher eine untergeordnete Rolle, obwohl die Entwicklung noch dramatischer sei. Sie würde sich daher ergänzend über einen Bericht zur Entwicklung bedrohter Pflanzen (z. B. Gelbe Wiesenraute, Schuppenwurz, Wiesenschaumkraut) freuen.

Rats Herr Dobberphul regt an, dabei zu unterstützen, private Gartenbenutzer zu mehr Artenschutz zu motivieren, z. B. indem diese Nisthilfen schaffen oder Blühpflanzen setzen. Herr Gekeler verweist auf bereits stattgefundenen Kampagnen und laufende Maßnahmen, z. B. durch den Klimaschutzmanager Herrn Hots ausgegebene Wildblumensamen, die mehr-<weniger-Kampagne und durch die Rangerin Frau Kätzel regelmäßig angebotene Veranstaltungen am Naturerlebniszentrum Haus Entenfang in Riddagshausen, die auch Kinder einbinden (z. B. Bau von Wildbienenhotels). Die Kolleginnen und Kollegen entwickeln weiterhin dahingehende kreative Ideen.

Protokollnotiz: Die Mitteilung wurde auf Wunsch des Rats Herrn Dobberphul am 10. Mai 2019 über die Bezirksgeschäftsstellen allen Stadtbezirksräten zur Kenntnis gegeben.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.9. Ergebnisse der Zugversuche in der Jasperallee **19-10712**

Die TOP 3.9., 4.3., 4.3.1. und 4.3.2. zu Baumfällungen und -pflanzungen an der Jasperallee werden gemeinschaftlich erörtert. Siehe Protokoll zu Antrag 19-10462.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung des Dezernates VII zur Kenntnis.

3.10. Mündliche Mitteilung: Ortstermin zum geplanten Bau einer Querungshilfe im Zuge der Bevenroder Straße / Einmündung Dibbesdorfer Straße

Am 20. März 2019 wurde über die Beschlussvorlage 19-10087 zum Bau einer Querungshilfe im Zuge der Bevenroder Straße / Einmündung Dibbesdorfer Straße beraten. Es wurde sich darauf verständigt, die Beschlussvorlage zurückzustellen, einen Ortstermin stattfinden zu lassen und danach über den Sachverhalt zu entscheiden.

Zeitlich verortet nach den mündlichen Anfragen berichtet Ausschussvorsitzende Palm zum Ortstermin, der wie folgt terminiert ist: 16. Mai 2019, 17:30 Uhr. Der Treffpunkt ist im Gehwegbereich auf Höhe der geplanten Querungshilfe (d. h. vor Bevenroder Straße 141 / 142 / 143). Eine entsprechende E-Mail durch Frau Matoš folgt am 8. Mai 2019.

4. Anträge

4.1. Natürliche Vielfalt stärken - Schottergärten vermeiden **19-10647**

Die TOP 4.1., 4.1.1. und 11.8. werden gemeinschaftlich erörtert.

Stadtbaurat Leuer führt zur Stellungnahme 19-10647-01 (TOP 4.1.1.) aus und verliert die Stellungnahme 19-10682-01 (TOP 11.8.). Tenor: Die Verwaltung spricht sich für Maßnahmen in der Bauleitplanung aus. Eine finanzielle Förderung wird hingegen kritisch gesehen, da Flächenversiegelung unzulässig ist. Er signalisiert Offenheit für eine dahingehende Diskussion.

Ratsfrau Mundlos bringt den Antrag der CDU-Fraktion ein. Die Vielzahl gemäß NBauO unzulässiger Schottergärten sei oft auf Unwissenheit der Besitzer zurückzuführen. Eine Information sowie finanzielle Anreize hält sie für richtig und für zweckmäßiger und kostengünstiger als

Kontrollen. Förderungen sollten rechtlich bindend für Rechtsnachfolger der jeweiligen Grundstücke gestaltet sein. Eine grundsätzlich mögliche Ahndung bei Zuwiderhandlung solle bürgerfreundlich gestaltet sein.

Ratsfrau Schneider befürwortet für die Fraktion DIE LINKE. die grundsätzliche Intention des Antrags, spricht sich aber gegen ein Fördermittelsystem aus. Sie fragt nach rechtlichen Möglichkeiten, die NBauO durchzusetzen.

Im Falle einer Ratsentscheidung der Nummer 5) des Antrags nimmt sie an, dass mehr Personal benötigt wird. Kompatibel sei der in Arbeit befindliche Antrag 19-10847 der Fraktion DIE LINKE. zum Finanz- und Personalausschuss, im Haushaltsplanentwurf 2020 die benötigten Gelder einzuplanen, um die im FB 67 eingestellten Saisonkräfte in eine dauerhafte Beschäftigung zu übernehmen.

Ratsherr Dr. Büchs spricht sich gegen ein Förderprogramm aus und lobt die Hinweise der Verwaltung zu möglichen Regelungen. Er würde sich freuen, wenn die Verwaltung ein Beispielkonzept, wie z. B. dahingehende Bebauungspläne aussehen könnten, ausarbeiten würde.

Ratsherr Dr. Büchs weist darauf hin, dass Schotter- und Kiesflächen wertvolle Habitate für Pflanzen und Tiere (z. B. Zauneidechsen, Spinnen, Bienen) darstellen können, wenn z. B. auf wasserdichte Folien verzichtet wird. Er führt weiter aus und reicht Publikationen der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau sowie des Bundesamtes für Naturschutz herum: www.lwg.bayern.de/mam/cms06/landespflge/dateien/kies_und_schotter.pdf, www.landschaftsentwicklung.wzw.tum.de/fileadmin/w00bds/www/Aktuelles/2013-01_Stadbrachen-Broschuere.pdf.

Demgegenüber seien klassischer Rasen und Thuja-Hecken nicht so ökologisch wertvoll wie oft angenommen. Er wäre dankbar, wenn die Verwaltung umsetzbare Kriterien ausarbeiten würde.

Ratsfrau Gries lehnt finanzielle Anreize ab, denn Rechtsverstöße gegen die NBauO gehören nicht im Nachhinein legitimiert. Die Verwaltung möge rechtliche Möglichkeiten ausreizen, um zu einer Abkehr von pflegeleichten Schottergärten zu bewegen.

Ratsfrau Palm spricht sich für die SPD-Fraktion ebenfalls gegen Fördermittel aus, spricht sich ansonsten für den Antrag und dessen positive Signalwirkung aus. Dass die Nibelungen-Wohnbau-GmbH bei der Gestaltung der Grünbereiche ihrer Wohnanlagen dazu übergegangen ist, ökologische Grünflächenpflege inklusive Umstellung des Vegetationsbestandes zu betreiben, begrüßt sie ausdrücklich.

Ratsherr Kühn betont, dass im Rahmen von Baugenehmigungen im Allgemeinen auch über bebaubare Flächen beraten wird. Es werde jedoch nicht kontrolliert und z. B. aufgrund des Parkdrucks oder des Wunsches nach einem pflegeleichten Grundstück abweichend gehandelt. Problematisch sei, dass nicht auf den ersten Blick die ökologische Wertigkeit beurteilt werden kann. Öffentlichkeitsarbeit inklusive Positivliste befürwortet er. Er spricht sich gegen Fördermittel aus. Die Verwaltung möge ggf. die Entsiegelung durchsetzen.

Ratsherr Möller ist der Antrag zu weitgehend und undifferenziert, siehe Hinweise des Ratsherrn Dr. Büchs. Eine Aufklärungskampagne sieht er positiv, regulatorische Maßnahmen hingegen negativ. Er vertritt die Auffassung, es solle jedem Hausbesitzer selbst überlassen bleiben, wie er seinen Vorgarten gestaltet.

Frau Dr. Goclik betont, dass die Stadt eigentlich verantwortlich wäre, Eigentümer*innen aufzufordern, für eine Begrünung zu sorgen, die mit der NBauO konform ist. Öffentlichkeitsarbeit sei eine Mindestforderung an die Verwaltung. Den Ansatz, Architekten, Landschafts- und Gartenbaubetriebe sowie auch Baumärkte zu informieren (siehe Stellungnahme 19-10682-01), ist ein wichtiger Aspekt. Sollte eine Durchsetzung der Entsiegelung nicht unter zumutbaren Bedingungen durchführbar sein und sollten Fördermittel ausgeschüttet werden, dann müsse die Vorgabe gelten, dass sich die Maßnahmen biodiversitätsfördernd auswirken, heimische Arten hiervon profitieren.

Ratsfrau Mundlos geht auf die Einwände der Vorredner*innen ein. Sie schlägt eine Formulierungsänderung des Antrages vor. Wenn mehr entsiegelt wird als vorgeschrieben, z. B. eine ökologische Gestaltung von Zuwegen, könne ein positiver Akzent gesetzt werden.

Stadtbaurat Leuer gibt den Hinweis, dass Schotter üblicherweise nicht als versiegelte Fläche gilt. Entsiegelte Flächen sind bei Niederschlagswassergebühren begünstigt.

Es seien praktikable Lösungen, einen Hinweis in den Baugenehmigungen zu ergänzen und eine Positivliste in der Bauleitplanung vorzusehen.

Von Aufforderungen zu Kontrollen bittet er abzusehen, da Einschätzungen zur Unterschiedlichkeit der Schottergärten (siehe oben) schwierig sind und die Bauordnung ausgelastet ist.

Ratsfrau Gries zitiert auszugsweise die Antwort der Landesregierung, wonach die unteren Bauaufsichtsbehörden grundsätzlich darüber zu wachen und darauf hinzuwirken haben, dass Anlagen, Grundstücke und Baumaßnahmen dem öffentlichen Baurecht entsprechen. Sie spricht sich dafür aus, den Antrag passieren zu lassen und einen interfraktionellen Antrag auszuformulieren.

Ratsfrau Mundlos betont, dass das Thema nicht neu ist und möchte abstimmen lassen.

Es wird sich auf getrennte Abstimmungen verständigt.

Der geänderte Formulierungsvorschlag der Ratsfrau Mundlos wird übernommen, Nummern 1 und 2 auf Vorschlag der Ausschussvorsitzenden zusammengezogen, die nachfolgenden Nummern neu durchnummeriert.

Auf Wunsch des Rats Herrn Dr. Büchs und mit Einwilligung der antragstellenden CDU-Fraktion wird zu Protokoll genommen:

Protokollnotiz: Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen der Öffentlichkeitskampagne differenziert darauf hinzuweisen, dass es Unterschiede in der ökologischen Qualität von Schottergärten gibt. Der Planungs- und Umweltausschuss erachtet es als förderungswürdig, wenn naturnahe Schotter- und Kiesgärten in Braunschweig angelegt werden.

Beschlüsse (geändert):

Neu 1) Die Verwaltung wird gebeten, in das derzeit in Erarbeitung befindliche ökologische Förderprogramm ein weiteres Modul "Entsiegelung von befestigten Flächen auf Privatgrundstücken ~~inklusive Förderung der Umwandlung von sogenannten Schottergärten in begrünete Flächen~~" aufzunehmen.

~~2)~~ Die Verwaltung legt bei der späteren Umsetzung des ökologischen Förderprogrammes einen besonderen Schwerpunkt in der Öffentlichkeitsarbeit auf eine Aufklärungskampagne hinsichtlich der ökologischen Vorteile naturnah gestalteter Vorgärten, um der weiteren Anlage von Schottergärten entgegenzuwirken.

3)Neu 2) Die Verwaltung wird ferner gebeten, bei der Planung zukünftiger Baugebiete durch entsprechende textliche und gegebenenfalls zeichnerische Festsetzungen im Bebauungsplan sicherzustellen, dass keine weiteren Schottergärten entstehen.

4)Neu 3) Sollten diese textlichen und gegebenenfalls zeichnerischen Festsetzungen im Bebauungsplan nicht zielführend sein, wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob bei neuen Baugebieten der Erlass von örtlichen Bauvorschriften auf der Basis der entsprechenden Regelungen der Niedersächsischen Bauordnung zur Eindämmung von Schottergärten führen könnte. Dies sollte in Absprache mit im Wohnungsbau in Braunschweig engagierten Unternehmen geschehen.

5)Neu 4) Bei städtischen Bauvorhaben wie beispielsweise dem Bau von Schul- oder Verwaltungsgebäuden geht die Stadt mit gutem Beispiel voran und verzichtet bei der Gestaltung der Außenanlagen auf die Anlage von Schotter- und Kiesbeeten.

Abstimmungsergebnisse (getrennt):

Zu Neu 1): Dafür: 8 Dagegen: 3 Enthaltung: 1

Zu Neu 2): Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

Zu Neu 3): Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

Zu Neu 4): Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

4.1.1. Natürliche Vielfalt stärken - Schottergärten vermeiden

19-10647-01

Siehe Protokollierung zu Antrag 19-10647 (TOP 4.1.).

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.2. Aktionsplan für Baumnachpflanzungen

19-10649

Ratsherr Dr. Büchs bringt Antrag 19-10649 und Änderungsantrag 19-10764 der BIBS-Fraktion ein.

Herr Loose (FBL 67) und Herr Schmidbauer (AbtL 61.1) erläutern zu ihren jeweiligen Aufgabenfeldern stattfindende Prüfungen, hierauf aufbauende Maßnahmen und die Positionierung der Verwaltung, in Ergänzung zu Stellungnahme 19-10649-01. Herr Schmidbauer geht u. a. auf vorgeschriebene naturschutzfachliche Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierungen ein, welche Begrünungen und Pflanzungen im Stadtgebiet vorsehen und in die Bauleitplanung einfließen.

Frau Dr. Goclik fragt, ob es im Sinne des Klimaschutzes nicht grundsätzlich vorzusehen sei, über die rechtliche Verpflichtung hinaus Bäume nachzupflanzen.

Herr Warnecke erklärt die zugrundeliegenden Rechtsgrundlagen bei der Festsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in Bebauungsplanverfahren. Den Fällungen von ca. 40 Bäumen an der Mendelssohnstraße neben der Neuen Oberschule liegt § 34 BauGB zugrunde, wonach ein Ausgleich nicht einzufordern ist.

Ratsfrau Gries kündigt an, sich zu enthalten.

Ratsfrau Schneider betont wie auch Ratsfrau Gries, dass man eigentlich auf keinen Baum verzichten könne. Dennoch sei es im Falle von Baumfällungen auf privaten Grundstücken nicht angebracht, städtische Gelder für Ersatzpflanzungen aufzuwenden. Für großflächige Abholzungen, wie sie zuletzt an der Freyastraße und in der Weststadt geschehen sind, sei eine Baumschutzsatzung das geeignetere Instrument.

Ratsfrau Mundlos betont die Sinnhaftigkeit, Bäume z. B. im Rahmen der Verkehrssicherung zu entfernen. Sie lobt die zielführenden Ausführungen der Verwaltung und das enorme Engagement, das bei den aktuellen Nachpflanzaktionen, die sie so noch nicht erlebt hat, zum Ausdruck kommt.

Ratsfrau Palm schließt sich für die SPD-Fraktion den Ausführungen der Verwaltung und Ratsfrau Mundlos mit Blick auf das bereits laufende Engagement an.

Eine Abstimmung zum Antrag 19-10649 erfolgt nicht. Der Ausschuss lehnt den Antrag in der Fassung des Änderungsantrags zu 19-10649 (Drucksache 19-10764) mehrheitlich ab.

4.2.1. Aktionsplan für Baumnachpflanzungen

19-10649-01

Siehe Protokollierung zu Antrag 19-10649.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme des Dezernates VII zur Kenntnis.

4.2.2. Änderungsantrag zu 19-10649: Aktionsplan für Baumnachpflanzungen

19-10764

Siehe Protokollierung zu Antrag 19-10649.

Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird gebeten, einen Aktionsplan zu erarbeiten, wie die Baumfällungen und die durch Sturmschäden entwurzelten Bäume der vergangenen Monate und Jahre durch geeignete Nachpflanzungen adäquat kompensiert werden können. Die Maßnahmen sollen zusätzlich zu dem bereits in Umsetzung befindlichen „Konzept zum Ausgleich des Substanzverlustes von 1.105 Bäumen“ (Ds. 17-05993) sowie den im letzten Sachstandsbericht (Ds. 19-10298 im Grünflächenausschuss vom 12.03.2019) genannten weiteren Maßnahmen erfolgen.

Das so zu erarbeitende Konzept soll insbesondere darlegen, unter welchen Voraussetzungen, nach welchen Maßstäben, in welchen Bereichen und mit welchen Baumarten Kompensationen unter dem Gesichtspunkt der Biodiversität erfolgen sollen. Des Weiteren soll das Konzept insbesondere Aussagen über einen Zeitrahmen der Kompensationsmaßnahmen wie auch eine Prioritätenliste der zuerst in Angriff zu nehmenden Nachpflanzungen enthalten.

2. Die Verwaltung wird gebeten, dem so zu erarbeitenden Aktionsplan einen Finanzierungsplan, der die Kosten nach Maßnahme aufschlüsselt, zugrunde zu legen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 1 Dagegen: 8 Enthaltungen: 3

Der Ausschuss lehnt den Antrag in der Fassung des Änderungsantrags zu 19-10649 (Drucksache 19-10764) mehrheitlich ab.

4.3. Vorrang für Sicherheit - Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen

19-10642

Ratsfrau Mundlos nimmt zur Einbringung des Antrages 19-10642 der CDU-Fraktion Bezug auf die öffentliche Berichterstattung.

Im Rahmen der Einbringung des Änderungsantrages 19-10765 (TOP 4.3.1.) kritisiert Rats Herr Dr. Büchs den Sachverständigen zum Baumgutachten sowie die vermeintliche Diffamierung engagierter Bürger*innen durch den Antrag 19-10642. Der strukturelle Zusammenhang habe sich durch die Baumfällungen verändert, wodurch der umgestürzte Silberahorn mehr Wind ausgesetzt gewesen und das Umfallen befördert worden sei. Auf Schadpilze sei trotz seiner Anregung im Radio im Juni 2018 nicht untersucht worden. Betrachtet man die Zugversuche als verlässlich, wonach 17 von etwa 60 Bäumen im Restbestand nicht mehr standfest sind, sei der Grund entfallen, die übrigen etwa 43 Bäume, die "standsichersten Bäume Braunschweigs", zu fällen. Rats Herr Dr. Büchs möchte, dass die Messergebnisse und Daten vorgelegt werden. Im Übrigen empfiehlt er, zu erwägen, das günstigere Windreaktionsmessverfahren einzuführen. Dass Standsicherheit bei den Baumgutachten nicht im Fokus stand, findet er irritierend.

Ratsfrau Johannes bringt den Änderungsantrag 19-10767 (TOP 4.3.2.) der SPD-Fraktion ein. Sie zeigt sich erleichtert, dass der Unfall glimpflich ausgegangen ist. Sie geht konform mit dem Antrag 19-10674 der SPD-Fraktion aus dem Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet.

Herr Loose nimmt Bezug auf die mit Mitteilung 19-10712 vorgelegte Pressemitteilung (TOP 3.9.), wonach Zugversuche an den 31 größeren Bäumen ergeben haben, dass 17 nicht standsicher sind, sodass von diesen 17 Bäumen die ersten acht am 7. Mai morgens gefällt wurden und die übrigen neun je nach Wetterlage innerhalb der nächsten 14 Tage folgen, da die Gefahr weiterer Unfälle nicht akzeptabel ist. Er geht auf die wissenschaftlich anerkannte Methodik und die Messergebnisse ein. Herr Loose betont, der umgefallene Silberahorn

wurde durch das Sachverständigenbüro gutachterlich auf seine Vitalität untersucht, nicht auf Standsicherheit. Der Baum galt gemäß hochrichterlicher Rechtsprechung als verkehrssicher. Es gab keine Risse im Boden, keinen erkennbaren Pilzbefall am Stamm. Für die vorgefundene Wurzelstockfäulnis gibt es eine Vielzahl möglicher Gründe, u. a. Sauerstoffmangel im Boden. Der FB 67 entfernt Totholzanteile in den Baumkronen, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Trotz aller Überprüfungen und Maßnahmen kann nie ausgeschlossen werden, dass es bei Sturm (hier Windstärke 8) zum Umstürzen von Bäumen kommt. Im Übrigen ist es unangemessen, an allen Bäumen im Stadtgebiet regelmäßige Zugversuche durchzuführen, zumal hierbei auch Schädigungen auftreten können. Ein Silberahorn neigt zu Brüchigkeit, schottet sich vergleichsweise schlecht gegen Pilzorganismen ab und ist nach Expertenmeinung kein geeigneter Straßenbaum.

Ratsfrau Gries betont, dass ein lückenhaftes Gebilde den Anwohner*innen nicht zugemutet werden sollte. Sie regt an, dass die Verwaltung versucht, das Kommunikationsdilemma mit der Bürgerinitiative Baumschutz zu lösen und sich auf eine gemeinsame Lösung zu verständigen. Sie spricht sich dafür aus, den Antrag passieren zu lassen.

Ratsfrau Mundlos entgegnet, dass dies nicht zielführend sei, da alle Argumente ausgetauscht sind. Sie schlägt eine geänderte Formulierung des Beschlussvorschlags vor, welche die Drucksachen 19-10642 (TOP 3.9.), 19-10712 (TOP 4.3.), 19-10767 (TOP 4.3.2.), 19-10674 (Stadtbezirksrat 120, gemeint ist nicht nur die Fällung der nicht standsicheren, sondern aller Bäume) und mündliche Ausführungen aufgreift.

Ratsherr Kühn zeigt sich zufrieden mit diesem Formulierungsvorschlag. Es zeige sich, dass die Verwaltung richtig gehandelt hat.

Frau Dr. Goclik nimmt an, dass die Fällungen derjenigen Bäume, die nicht als nicht standsicher klassifiziert wurden, nach der Brut- und Setzzeit erfolgen, was Herr Loose bejaht. Frau Dr. Goclik führt aus, dass im Bereich der bereits erfolgten Baumfällungen Rollrasen verlegt wurde. Sie regt an, in den anderen Bereichen stattdessen Blühstreifen zu schaffen.

Herr Loose führt aus, sich mit Herrn Hornung (RefL 0610) auf klassischen Rasen verständigt zu haben. Den Kompromissvorschlag von Frau Dr. Goclik, Frühblüher vorzusehen, wird er an Herrn Hornung herantragen.

Er bittet, aus logistischen und ökologischen Gründen im Beschlusstext "Herbst 2019" zu ergänzen. Dies wird aufgegriffen.

Protokollnotiz: Das Gutachten zu den Zugversuchen in der Jasperallee ist ab dem 22. Mai 2019 öffentlich einsehbar: www.braunschweig.de/leben/im_gruenen/Gutachten_zum_Baumbestand_im_Bereich_Jasperallee.html.

Protokollnotiz: Ratsherr Manlik verlässt die Sitzung um 18:25 Uhr.

Beschluss (geändert, gleichlautend mit Beschluss zum geänderten Änderungsantrag 19-10767):

1. Der Ratsbeschluss zur Neugestaltung der Jasperallee (DS-Nr.18-08855 "Neugestaltung des Mittelstreifens auf der unter Denkmalschutz stehenden Jasperallee im Abschnitt zwischen Ring und Staatstheater") vom 6. November 2018 wird in Bezug auf die zeitliche Planung der Maßnahme aufgehoben.
2. ~~Soweit dies als Ergebnis der von der Verwaltung angekündigten Zugversuche erforderlich ist, erfolgt schnellstmöglich die Entnahme der entsprechenden Bäume aus den weiteren beiden Abschnitten bis zum Ring.~~
3. ~~Die Umsetzung des für das Jahr 2020 vorgesehenen zweiten Abschnittes wird auf Herbst 2019 vorgezogen, der Abschluss der Maßnahme (3. Abschnitt) erfolgt dann im Frühjahr 2020.~~

Neu 2. Die Verwaltung wird gebeten, die geplanten Maßnahmen der Baumfällungen und Neupflanzungen (Herbst 2019) auf der Jasperallee zum schnellstmöglichen Zeitpunkt vorzuziehen.

Abstimmungsergebnis (gemeinsam mit Abstimmung zur gleichlautenden geänderten Fassung des Änderungsantrages 19-10767):

Dafür: 7 Dagegen: 2 Enthaltungen: 2

4.3.1. Änderungsantrag zu 19-10642: Vorrang für Sicherheit - Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen **19-10765**

Siehe Protokollierung zu Antrag 19-10462.

Über den Änderungsantrag 19-10765 wird nicht abgestimmt. Mehrheitlich beschlossen wird eine gemeinschaftlich geänderte Fassung des Antrages 19-10642 und des Änderungsantrages 19-10767.

4.3.2. Bäume an der Jasperallee schnellstmöglich ersetzen, Unfallgefahr minimieren, Sicherheit gewährleisten! - Änderungsantrag zum TOP "Vorrang für Sicherheit - Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen" **19-10767**

Siehe Protokollierung zu Antrag 19-10462.

Beschluss (geändert, gleichlautend mit Beschluss zum geänderten Antrag 19-10642):

1. Der Ratsbeschluss zur Neugestaltung der Jasperallee (DS-Nr.18-08855 "Neugestaltung des Mittelstreifens auf der unter Denkmalschutz stehenden Jasperallee im Abschnitt zwischen Ring und Staatstheater") vom 6. November 2018 wird in Bezug auf die zeitliche Planung der Maßnahme aufgehoben.

~~Die Verwaltung wird, basierend auf den Ergebnissen aus den Zugversuchen, gebeten, die Ersetzung der noch vorhandenen Bäume auf der Jasperallee schnellstmöglich nach Ende der Brut- und Setzzeit vorzunehmen, um weitere Gefährdungspotenziale für Verkehrsteilnehmer und Anwohner zu vermeiden.~~

2. Die Verwaltung wird gebeten, die geplanten Maßnahmen der Baumfällungen und Neupflanzungen (Herbst 2019) auf der Jasperallee zum schnellstmöglichen Zeitpunkt vorzuziehen.

Abstimmungsergebnis (gemeinsam mit Abstimmung zur gleichlautenden geänderten Fassung des Antrages 19-10642):

Dafür: 7 Dagegen: 2 Enthaltungen: 2

Um 18:57 Uhr unterbricht Ausschussvorsitzende Palm die Sitzung für eine Pause. Die Sitzung wird um 19:04 Uhr fortgesetzt.

4.4. Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig **19-10443**

Der Antrag 19-10443 (TOP 4.4.), die Stellungnahme 19-10443-01 (TOP 4.4.1.), der Änderungsantrag 19-10768 (TOP 4.4.2.) und die Anfrage 19-10582 (TOP 11.3.) werden gemeinschaftlich erörtert.

Ratsherr Dr. Büchs bringt den Antrag 19-10443 (TOP 4.4.) der BIBS-Fraktion ein. Es gelte u. a., Vorkaufsrechte stärker in Anspruch zu nehmen und noch mehr Baugebiete selbst zu vermarkten. Die Stadt Göttingen nennt er als Referenz.

Stadtbaurat Leuer erläutert die Position der Verwaltung, beziehend auf Stellungnahme 19-10443-01 (TOP 4.4.1.). Tenor: Mit Blick auf finanzielle und personelle Kapazitäten sei die aktuelle Mischung aus eigener Vermarktung und dem Einbinden von Investoren - unter Berücksichtigung des sozialen Wohnungsbaus - der richtige Weg. Doppelstrukturen soll es nicht geben. Die städtische Strategie müsse bei der Stadt verbleiben, unter Begleitung durch weitere Akteure, z. B. des Bündnisses für Wohnen.

Ratsfrau Palm führt zu inhaltlichen Fehlern des Antrages 19-10443 aus. Insbesondere sind vorgebrachte Punkte bereits im Handlungskonzept für bezahlbares Wohnen enthalten und werden umgesetzt. Der Änderungsantrag 19-10768 (TOP 4.4.2.) der SPD-Fraktion sei präziser. Zudem wird vorgeschlagen, bereits vorhandene Instrumente zu evaluieren und zu optimieren.

Stadtbaurat Leuer verliert zu Beginn der weiteren Aussprache die Stellungnahme 19-10582-01 der Finanzverwaltung (TOP 11.3.).

Ratsfrau Jalyschko regt an, passieren zu lassen. Die Stellungnahme auf die Anfrage 19-10679 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur städtischen Bodenvorratspolitik im Finanz- und Personalausschuss am 9. Mai 2019 soll abgewartet werden.

Ratsherr Dr. Büchs kann sich vorstellen, die Formulierungen des Antrages 19-10768 weitgehend zu übernehmen oder sich auf eine gemeinschaftliche Formulierung zu verständigen. Eine Aussprache in der Fraktion sei wünschenswert, daher plädiert er dafür, passieren zu lassen.

Ratsherr Hinrichs erklärt Einverständnis mit dem Änderungsantrag 19-10768 der SPD-Fraktion, ist aber auch damit einverstanden, insgesamt passieren zu lassen.

Ratsfrau Palm signalisiert Einverständnis, den Ausführungen von Stadtbaurat Leuer zu folgen, indem die Formulierung angepasst wird: "die Entwicklung eines Konzeptes zu begleiten" anstatt "eine Konzeption zu entwickeln". Es sei sinnvoll, passieren zu lassen und sich im Nachgang auf gemeinschaftliche Formulierungen zu verständigen.

Protokollnotiz: Ratsfrau vom Hofe verlässt die Sitzung um 19:20 Uhr.

Der Ausschuss lässt den Antrag 19-10443 passieren.

4.4.1. Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig 19-10443-01

Siehe Protokollierung zu Antrag 19-10443 (TOP 4.4.).

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.4.2. Änderungsantrag zum TOP "Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig" 19-10768

Siehe Protokollierung zu Antrag 19-10443 (TOP 4.4.).

Der Ausschuss lässt den Änderungsantrag 19-10768 zum Antrag 19-10443 passieren.

4.5. Aktualisierung der Wohnungsmarktprognose für Braunschweig 19-10643

Ratsherr Hinrichs bringt den Antrag der CDU-Fraktion ein.

Stadtbaurat Leuer führt aus, dass eine Wohnungsbedarfsprognose für 2020 bis 2030 in Arbeit ist, siehe auch Stellungnahme 19-10459-01. Die Expertise der Wohnungsbaugesellschaften wird eingeholt und im Anschluss die Gremien beteiligt.

Um Änderungen zu ermöglichen, bittet Ratsherr Hinrichs, den Antrag passieren zu lassen.

Der Ausschuss lässt den Antrag 19-10643 passieren.

4.6. Kein Plastik in zukünftigen Wahlkämpfen **19-10648**

Ratsherr Dr. Büchs und Ratsfrau Gries stellen Nachfragen, die Herr Stiefler und Stadtbaurat Leuer beantworten. Ratsfrauen Jalyschko und Palm zeigen sich ablehnend gegenüber dem Antrag.

Ratsherr Dr. Büchs bittet, den Antrag der BIBS-Fraktion passieren zu lassen.

Protokollnotiz: Ratsfrau Johannes verlässt die Sitzung um 19:30 Uhr (Stadtbezirksratssitzung 310 am gleichen Abend).

Der Ausschuss lässt den Antrag 19-10648 passieren.

4.6.1. Kein Plastik in zukünftigen Wahlkämpfen **19-10648-01**

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Im Anschluss an die Behandlung der Anträge findet von 19:34 Uhr bis 19:40 Uhr die **Einwohnerfragestunde** statt. Beantwortet wird eine Einwohneranfrage, die sich mit Energiewende und Stadterwärmung befasst.

5. Linien- und Fahrplankonzept der Braunschweiger Verkehrs-GmbH ab Oktober 2019 **19-10132**

Herr Meier (Braunschweiger Verkehrs-GmbH) trägt inklusive Beamerpräsentation zu den Grundlagen des Konzeptes vor. Die letzte Liniennetzreform in Braunschweig ist inzwischen gut 10 Jahre her. Dankenswerterweise wurden Mittel zur Verfügung gestellt, um das Leistungsangebot auszuweiten. Damit der ÖPNV die positive Entwicklung der Stadt Braunschweig nachhaltig unterstützen kann, haben Verwaltung und Braunschweiger Verkehrs-GmbH in enger Zusammenarbeit mit dem Regionalverband Großraum Braunschweig die Bevölkerungsentwicklungen und die Nachfrage in den verschiedenen Stadtteilen analysiert und darauf aufbauend einen neuen, bedarfsgerechten Fahrplan entwickelt.

Das entstandene Konzept schöpft die Leistungsgrenze aus, d. h. es bindet sämtliche finanziellen, logistischen und personellen Kapazitäten. Umverteilungen auf Grundlage von Evaluierungen sind möglich.

Herr Walther (0100) führt weiter aus zu den Ergebnissen der Anhörung der Stadtbezirksräte, die sich in der Ergänzungsvorlage wiederfinden. Er bekräftigt, das Konzept setzt Schwerpunkte. Es wird kontinuierliche Anpassungen geben, insbesondere bei großen Baugebieten.

Ratsherr Kühn bittet, die Nr. 5 der Anlage zur Ergänzungsvorlage 19-10132-01 (zusätzliche Fahrten zwischen den Haltestellen „Hamburger Straße“ und „Gliesmarode Bahnhof“ samstags im 30-Minuten-Takt im Zeitraum von 9:00 Uhr bis 20:30 Uhr), die nicht Bestandteil des Beschlussvorschlages ist, hinzuzufügen.

Dem wird entsprochen.

Ratsfrau Palm merkt an, dass in der Stellungnahme zu Nr. 3, Einlassung 2 der Anlage zur Ergänzungsvorlage 19-10132-01 (fahrgaststarke Ringabschnitte zwischen Cyriaksring und Hauptbahnhof) sonntags auf Freizeitverhalten abgestellt wird. Sie habe aber beobachtet, dass einpendelnde Studierende diese Strecke sonntags nachmittags und abends stark frequentieren.

Laut Herrn Meier kommen temporäre Verstärkerfahrten in Frage.

Ratsfrau Palm fragt bezugnehmend auf die Stellungnahme zu Nr. 3, Einlassung 3 der Anlage zur Ergänzungsvorlage 19-10132-01 ("Einschätzung kann belastbar nur über eine Auswertung im Verkehrsmodell erfolgen. Das erfordert die Beauftragung eines externen Dienstleisters und war in der Kürze der Zeit nicht möglich.") zu konkreten Absichten.

Herr Meier, Herr Walther und Stadtbaurat Leuer signalisieren grundsätzliche Offenheit, dies zu beleuchten und ggf. anzupassen. Es wird appelliert, das Anliegen zunächst ruhend zu

stellen, den Fahrplanwechsel abzuwarten, Eindrücke zu sammeln und formlos zu melden. Wenn zu mehreren Abschnitten Feedback vorliegt, könne die Beauftragung eines externen Gutachters in einen größeren Kontext gestellt werden, was - auch mit Blick auf die Kosten des ÖPNV - wirtschaftlicher und zweckmäßiger sei.

Ratsfrau Palm appelliert zu Nr. 8 der Anlage zur Ergänzungsvorlage 19-10132-01, im Zuge der Verhandlungen mit dem Landkreis Gifhorn das Ziel einer besseren ÖPNV-Anbindung der Ortsteile Thune und Harxbüttel unbedingt im Fokus zu behalten. Hiervon würde auch Wenden und die dortige Einkaufsinfrastruktur profitieren.

Herr Meier sagt zu, dieses verständliche Anliegen in Gesprächen, auch mit dem Regionalverband, weiter zu forcieren.

Ratsherr Dr. Büchs ist besonders an Optimierungen an den Querverbindungen gelegen, z. B. zwischen Querum und Kralenriede.

Herr Meier führt an, dass mit Blick auf die geringe Nachfrage die Kosten-Nutzen-Relation gewahrt sein müsse.

Ratsfrau Schneider zeigt sich im Namen der Fraktion DIE LINKE. mit dem Konzept zufrieden. Sie kritisiert, dass der Antrag, die Linie 418 außerhalb des Rings auf dem Madamenweg in einem engeren Takt als 30 Minuten zu führen, unberücksichtigt bleibt.

Herr Meier führt an, mit der Erschließung des Baugebietes Feldstraße ist eine Verdichtung des Taktes zwischen Madamenweg und Innenstadt geplant.

Zu den Ausführungen des Ratsherrn Dobberphul zur Busanbindung des Bereichs "Am Leh-manger" verweist Herr Meier auf mangelnde Nachfrage und die Stadtbahnanbindung. Eine stündliche Taktung sei regelmäßig nicht empfehlenswert.

Frau Dr. Goclik fragt, ob die Taktung der Buslinie 418 nach Riddagshausen im Sommerhalb-jahr verbessert werden könnte.

Herr Walther führt an, dass ergänzend die Buslinie 413 auch sonntags halbstündlich ver-kehrt. Der Ortskern mit den Teichen und Cafés sei damit attraktiv erschlossen, lediglich die Endhaltestelle "Grüner Jäger" erfordere mehr Wartezeit bzw. einen längeren Fußmarsch.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen in geänderter Fassung der Ergänzungsvorlage 19-10132-01.

Protokollnotiz: Die Präsentation ist im Protokoll zur Sitzung zu TOP 5. öffentlich hinterlegt.

Protokollnotiz: Der Verwaltungsausschuss hat sich am 14. Mai 2019 dem Votum des Pla-nungs- und Umweltausschusses angeschlossen. Das neue Angebotskonzept wird im Inter-net auf www.verkehr-bs.de/fahrplanwechsel vorgestellt. Ab Ende August 2019 startet die detaillierte Fahrgastinformation. Die konkreten Fahrplandaten stehen dann über die elektro-nische Fahrplanauskunft (EFA) und Druckerzeugnisse wie z. B. Fahrplanbuch und Netzplan-flyer zur Verfügung. Der Fahrplanwechsel erfolgt zum Beginn der Herbstferien am 3. Oktober 2019.

5.1. Linien- und Fahrplankonzept der Braunschweiger Verkehrs- GmbH ab Oktober 2019 19-10132-01

Siehe Protokollierung zur Beschlussvorlage 19-10132.

Beschluss (geändert):

Das nachfolgend dargestellte Linien- und Fahrplankonzept der Braunschweiger Verkehrs-GmbH wird beschlossen und im Rahmen ihres Öffentlichen Dienstleistungsauftrages (ÖDA) zum 3. Oktober 2019 umgesetzt., **unter Einbeziehung der Nr. 5 der Anlage zur Ergän-zungsvorlage 19-10132-01 (zusätzliche Fahrten zwischen den Haltestellen „Hamburger Straße" und „Gliesmarode Bahnhof" samstags im 30-Minuten-Takt im Zeitraum von 9:00 Uhr bis 20:30 Uhr).**

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

6. Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan LE 2 19-10470 **Stadtgebiet zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße, Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße **Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss****

Stadtbaurat Leuer führt an, dass die Aufhebung des Bebauungsplans LE 2 der Schaffung von Rechtssicherheit und der Bereinigung des Plankatasters dient. Er betont, dass Bereiche, die überbaut werden dürfen, sich bereits heute an der angrenzenden Bebauung orientieren. Dies werde bei Bauanträgen geprüft und auf Grundlage des § 34 BauGB regelmäßig vernünftige Lösungen erzielt. Anstatt mit knappen personellen Ressourcen einen neuen Bebauungsplan zu erstellen, sei es empfehlenswert, zu beobachten. Es sei geboten, so manche veraltete Bausubstanz anzupassen. Dies solle man als innovative Stadt ermöglichen. Auf Erörterungen zu den Beschlussvorlagen 18-09046 und 18-09046-01 im Januar 2019 nimmt er Bezug.

Ratsfrau Gries bringt den Änderungsantrag 19-10470 ein. § 34 BauGB könne nicht alles regeln. Das Augenmaß bei Modernisierungen solle festgeschrieben werden, um ungewollten Entwicklungen vorzubeugen.

Mit Hinweis auf Beispiele aus Lehdorf, wo sich neue Bauwerke gefühlt nicht harmonisch in die Umgebung einfügen, zeigt Ratsherr Hinrichs grundsätzliche Sympathie mit dem Änderungsantrag. Für ihn sei entscheidend, welche Lösung praktikabler sei, damit die Bauverwaltung auf Architektenentwürfe rechtssicher Einfluss nehmen kann.

Bürgermitglied Dr. Schröter berichtet aus dem Stadtbezirksrat 321 Lehdorf-Watenbüttel, wonach die Siedlungsstruktur erhalten bleiben soll und gleichzeitig harmonisch sich einfügende zeitgemäße Gestaltung sowie größere Bauten und Anbauten möglich sein sollen. Dafür reiche das Anwendungsfeld des § 34 BauGB nicht aus.

Frau Dr. Goclik führt als weitere Argumente für einen neuen Bebauungsplan oder eine örtliche Bauvorschrift an, Schottergärten vermeiden und erhaltenswerten Baumbestand festsetzen zu können.

Ratsherr Kühn setzt auf das Expertenwissen der Verwaltung. Ein neuer Bebauungsplan ist aus seiner Sicht nicht der richtige Weg. Ein von der Verwaltung veröffentlichter Positiv- und Negativkatalog, der aufzeigt, welche Grenzfälle in Ordnung sind, wäre für Bauantragstellende und Architekt*innen eine hilfreiche Orientierungshilfe und eine gute Kompromisslösung.

Stadtbaurat Leuer verweist auf Möglichkeiten des § 34 BauGB (Art und Maß der baulichen Nutzung, Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche), siehe auch Beschlussvorlage 18-09046-01. Er schlägt als Kompromiss vor, bei wesentlichen Bauanträgen eine Bauberatung unter Einbindung des Ref. 0610 vorzusehen, um die Innovationskraft nicht einzuschränken.

Es ist beabsichtigt, Schottergärten vorzubeugen, indem in der Baugenehmigung auf die Rechtslage hingewiesen wird, Gärtnereien usw. sensibilisiert werden und Öffentlichkeitsarbeit betrieben wird (vgl. Protokollierung zu Antrag 19-10647).

Ratsfrau Mundlos befürwortet diesen Kompromissvorschlag. Sie würde es begrüßen, wenn ein Papier, aus dem hervorgeht, was zulässig ist und was nicht, im Nachgang zur Verfügung gestellt werden könnte.

Protokollnotiz: Die Erstellung einer solchen Handreichung ist nicht geplant. Sie würde Arbeitskraft binden und trotzdem unverbindlich sein. Sofern kein Bebauungsplan und keine örtliche Bauvorschrift Anwendung findet, regelt § 34 BauGB, was zulässig ist. Über Bauvorhaben ist im Einzelfall zu entscheiden.

Die TOP 7. und 8. werden gemeinschaftlich erörtert.

Stadtbaurat Leuer führt kurz ein. Bei der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange und bei der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB gab es keine Einwendungen.

Ein Energiekonzept für das entstehende Gebäude wurde vom Investor nicht angefordert. Es wird angenommen, dass vom Bauherrn energetische Gesichtspunkte berücksichtigt werden, erklärt Stadtbaurat Leuer auf Frage von Frau Dr. Goclik.

Beschluss:

- "1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß der Anlage Nr. 6 zu behandeln.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Willy-Brandt-Platz“, 1. Änderung des AW 107, AW 114, bestehend aus der Planzeichnung, dem zugehörigen Vorhaben- und Erschließungsplan mit Erläuterungsbericht und den textlichen Festsetzungen wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung wird beschlossen."

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 19-10492 "Willy-Brandt-Platz, 1. Änderung des AW 107", AW 114

Siehe Protokollierung zur Beschlussvorlage 19-10438 (TOP 7.).

Beschluss:

- 1) „Dem Abschluss eines Durchführungsvertrages zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Willy-Brandt-Platz, 1. Änderung des AW 107“, AW 114, zwischen der Stadt und der BraWoPark Business Center I GmbH als Vorhabenträgerin, mit den unter Vertragsinhalte aufgeführten wesentlichen Inhalten wird zugestimmt.
- 2) Gleichzeitig wird der Änderung des Durchführungsvertrages zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Berliner Platz-Nordost“, AW 107, vom 22. Oktober 2013 zugestimmt."

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Verbindungsstraße Rünigen zwischen Anschlussstelle Rünigen Süd (A 39) und Rünigenstraße (K 64) und Kreisverkehrsplatz (K 64) 19-09996

Stadtbaurat Leuer begründet kurz die Beschlussvorlagen 19-09996 und 19-09996-01. Sollte es zu späterem Zeitpunkt gewollt sein, Gewerbe anzusiedeln, könnte die Straße über einen ohnehin erforderlichen Bebauungsplan planungsrechtlich abgesichert werden.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 19-09996-01.

9.1. Verbindungsstraße Rünigen zwischen Anschlussstelle 19-09996-01 Rünigen Süd (A 39) und Rünigenstraße (K 64) und Kreisverkehrsplatz (K 64)

Beschluss:

„Die Verbindungsstraße Rünigen zwischen Anschlussstelle Rünigen Süd (A 39) und Rünigenstraße (K 64) und Kreisverkehrsplatz (K 64) wird nicht realisiert.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 7 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

10. Barrierefreie Bushaltestelle am Altstadtmarkt**_19-10218**

Herr Pottgießer (Stellenleitung 66.21) trägt inklusive Beamerpräsentation vor. Dabei geht er auf die Standortprüfung, die Variantenprüfung zur Fahrbahnbreite, die Beteiligung des Gestaltungsbeirates und die Anhörung des Stadtbezirksrates 131 Innenstadt ein. Ein Wetterhäuschen-Wettbewerb für Architekt*innen soll dafür sorgen, dass eine Lösung gefunden wird, die dem Denkmalschutz und der besonderen Qualität des Altstadtmarktes gerecht wird. Stadtbaurat Leuer betont, dass sich die Verwaltung in der Ausführungsplanung und Umsetzung bewusst ist, dass zu Recht hohe Ansprüche an sowohl Inklusion als auch Gestaltung gestellt werden, die man übereinbringen möchte.

Protokollnotiz: Die Präsentation ist im Protokoll zur Sitzung zu TOP 10. öffentlich hinterlegt.

Beschluss:

„Die Haltestelle ‚Altstadtmarkt‘ wird in beiden Fahrtrichtungen entsprechend der Anlage 2 barrierefrei ausgebaut.

Anzahl, Lage und Gestaltung der Wetterschutzeinrichtungen werden unter besonderer Würdigung des denkmalrechtlich und städtebaulich sehr sensiblen Umfeldes in einem separaten Planungsprozess entworfen und rechtzeitig vor der Umsetzung zur Beschlussfassung vorgelegt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

11. Anfragen**11.1. Verbreitung und Schutz von Fledermäusen in der Stadt
 Braunschweig****_19-10217**

Die Beantwortung der Anfrage wird auf Wunsch der anfragenden SPD-Fraktion in der Sitzung am 12. Juni 2019 erfolgen.

11.2. Aktueller Sachstand Burgpassage**_19-10638**

Stadtbaurat Leuer verliest die Stellungnahme 19-10638-01.

Eine ausführliche Abwägung ergab, dass der Denkmalschutz dem Bauvorhaben nicht entgegensteht. Ob der Rest des Ensembles am Hutfiltern weiterhin unter Denkmalschutz stehen wird, entscheidet das NLD, erklärt Stadtbaurat Leuer auf Frage des Rats Herrn Dr. Büchs. Es sei normal, dass die beschriebenen Beteiligungen viel Zeit in Anspruch nehmen können. Wann voraussichtlich eine Baugenehmigung erteilt werden kann, bleibt schwer abschätzbar.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

11.3. Weiterentwicklung der städtischen Grundstücksgesellschaft**_19-10582**

Die TOP 4.4., 4.4.1., 4.4.2. und 11.3. werden gemeinschaftlich erörtert. Siehe Protokollierung zu Antrag 19-10443 (TOP 4.4.).

11.4. Dächer mit Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden **19-10628**

Die Stellungnahme 19-10628-01 wird auf Wunsch der anfragenden BIBS-Fraktion am 8. Mai 2019 schriftlich zur Kenntnis gegeben.

11.5. Nachhaltige Stadtentwicklung **19-10686**

Ein Vertreter der anfragenden Fraktion P2 ist nicht mehr anwesend. Die Stellungnahme 19-10686-01 wird am 8. Mai 2019 schriftlich zur Kenntnis gegeben.

11.6. Sicherheitsabstände beim Überholen von Radfahrer*innen **19-10583**

Die Stellungnahme 19-10583-01 wird auf Wunsch der anfragenden Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN am 8. Mai 2019 schriftlich zur Kenntnis gegeben.

11.7. Gemeinschaftshaus Rautheim **19-10641**

Die Stellungnahme 19-10641-01 wird auf Wunsch der anfragenden BIBS-Fraktion am 8. Mai 2019 schriftlich zur Kenntnis gegeben.

11.8. Schotter- und Steinflächen in privaten Gärten **19-10682**

Die TOP 4.1., 4.1.1. und 11.8. werden gemeinschaftlich erörtert. Siehe Protokollierung zu Antrag 18-10647 (TOP 4.1.).

11.9. Mündliche Anfrage: Forderungspapier von Fridays for Future Braunschweig

Ratsherr Dobberphul fragt nach einem Ausblick zur Aufarbeitung des Forderungspapiers von Fridays for Future Braunschweig, das am 3. Mai 2019 Oberbürgermeister Markurth übergeben wurde. Zwecks einer gemeinsamen Vorgehensweise schlägt er einen Runden Tisch vor, an dem Mitglieder der Verwaltung und der Fraktionen teilnehmen. Hierdurch könnten Mehrfacharbeiten bei Verwaltung und Fraktionen und diverse unkoordinierte Anträge vermieden werden.

Stadtbaurat Leuer befürwortet grundsätzlich Transparenz und eine gemeinschaftliche Diskussion und schlägt vor, dass zunächst die Verwaltung aufbereitet. Im Anschluss an die Vorleistung der Verwaltung wäre ein Arbeitskreis außerhalb der Ausschusssitzungen denkbar.

11.10. Mündliche Anfrage: Bericht zur Beurteilung der Anpflanzungen im Rahmen der Flughafenerweiterung

Ratsherr Dr. Büchs fragt, ob und ggf. wann der Monitoring-Bericht zur Beurteilung der Anpflanzungen (Kompensationsmaßnahmen) im Rahmen der Verlängerung der Start- und Landebahn des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg GmbH vorgelegt wird (vgl. Mitteilung 18-09166).

Stadtbaurat Leuer bittet, das Anliegen im Finanz- und Personalausschuss am 9. Mai 2019 vorzubringen.

11.11. Mündliche Anfrage: Überprüfung auf Nester bei Baumfällungen an der Jasperallee

Ratsfrau Gries fragt, ob vor den Baumfällungen an der Jasperallee nachgesehen wurde, ob sich Nester auf den Silberahornen befinden.

Solche Überprüfungen gehören zum typischen Arbeitsablauf bei allen Baumfällungen, die der FB 67 ausführt. Die betreffenden Mitarbeiter*innen sind entsprechend unterwiesen.

gez. Palm

gez. Leuer

gez. Matoš

Ausschussvorsitz
Palm

Stadtbaurat
Leuer

Geschäftsführung
Matoš